

Fractionen GRÜNE, KAL, Volt, Hebelstraße 21, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe

20.11.2025

DOPPELHAUSHALT	2026/2027
ANTRAG	DHH/2025/5039

Hebammen in Familienzentren erhalten (HHS4_GR57)

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶	HHS4_GR57				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2026	2027	2028	2029	2030
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Verschiedene Empfänger*innen, Hebammen in Familienzentren

▶ Sachverhalt | Begründung

Wir wollen die sogenannten "Hebammensprechstunden" erhalten. Daher sollen die Mittel für die Hebammen in Familienzentren nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagene um 58.000 Euro reduziert werden, sondern nur um 8.000 Euro auf 50.000 Euro.

Die Information durch freiberufliche Hebammen unmittelbar nach der Geburt gehört zu den präventiven Maßnahmen mit kleinstem Aufwand im Verhältnis zum Erfolg. Wenn im Säuglingsalter Gewalt oder übergroßer Stress stattfinden, sind die Folgen größer als in jeder anderen Lebensphase. Die sozialpädagogische Bedeutung liegt darin, niederschwellig Familien an Hebammen und damit an die "Frühen Hilfen" heranzuführen, die keine positive Erfahrung mit staatlicher Hilfe gemacht haben oder Hebammenbegleitung nicht kennen. Zudem zeigen Studien, dass Familien mit geringem Einkommen deutlich seltener Hebammenbetreuung in Anspruch nehmen. „Hebammensprechstunden“ sind daher keine reine Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sondern wichtiger Bestandteil des sozialen Netzes.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler, Jorinda Fahringer und GRÜNE Fraktion

Lüppo Cramer, Sonja Döring, Michael Haug, KAL Fraktion

Fabian Gaukel, Adina Geißinger, Kiên Nguyen, Volt Fraktion